

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 23.06.2025

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Michael Dregger

Vertreter für Ratsherrn Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg

Vertreter für Ratsherrn Dudas

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Abwesend zu den
Tagesordnungspunkten 18, 19 und
20 der öffentlichen Sitzung.

Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion Die Linke:

Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Ratsherr Peter Oettinghaus

Gäste:

Ratsherr Otto Ersching

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus

Herr Marcus Müller

Herr Frank Kuschmirtz

Herr Stefan Frenz

Frau Petra Göldner-Haldimann

Anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Herr Christian Hayer

Anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Frau Sabine Weichler

Anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Frau Katrin Diez

Anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Herr André Borlinghaus

Anwesend bis Tagesordnungspunkt 4 der nicht öffentlichen Sitzung.

Herr Sven Hellmig

Herr Dirk Klüppelberg

Anwesend bis Tagesordnungspunkt 4 der nicht öffentlichen Sitzung.

Frau Anna Mellinger

Herr Moritz Pohlmann

Herr Frank Ruffer

Anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

Frau Claudia Stelse

Schriftführung:

Frau Anja Weber

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Herr Stephan Theo Hammer

Herr Matthias Reuver

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 18:57 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen und mündlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Am 23.06.2025 wurde eine aktualisierte Version der offenen öffentlichen Berichts- und Beschlusskontrollen in das Ratsinformationssystem eingestellt und zusätzliche an die Ratsmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, als Tischvorlage verteilt.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

3. "Bürgeranregungen" gemäß § 24 GO NRW auf Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer Vorlage: 156/2025

Herr Lothar Brunner erläutert die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW auf Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer. Das entsprechende Handout zu den Ausführungen ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Bürgermeister Wagemeyer bedankt sich für die Ausführungen und gibt das Wort an den Beigeordneten und Stadtkämmerer Haarhaus.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus führt aus, dass die Stadt Lüdenscheid nicht schnell eine eigene Satzung zur Erhebung einer Verpackungssteuer erlassen möchte. Nach intensiven Diskussionen im Städtetag (Kommunaler Spitzenverband der Städte in NRW) wurde sich darauf geeinigt, die Entwicklungen zu beobachten und abzuwarten, was bei den Satzungsbemühungen der Stadt Köln herauskomme. Er erläutert, dass es keinen Sinn mache, wenn es in ganz NRW zu einem Satzungsfliegenschirm komme und es zudem nicht ganz einfach sei, in einem Bundesland erstmalig eine Satzung einzuführen. Er betont, dass, die Stadt Lüdenscheid nicht gegen die Einführung einer Verpackungssteuer sei und es sicher sehr unbefriedigend sei, dass jeden Tag ein Berg an neuem Verpackungsmüll anfiele,

aber man würde sich eine Menge Vorarbeiten und Anpassungsarbeiten sparen, wenn man auf die Mustersatzung des Städtetages warte.

Ratsherr Weiland weist auf den Antrag der CDU Fraktion vom 22.01.2025 für den Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung am 13.03.2025 hin. Weiterhin unterstütze er die Bewegung zur Einführung von Mehrwegverpackungen und fände zusätzlich, dass STL eine höhere Frequenz bei der Leerung der Papierkörbe im Innenstadtbereich anstreben müsse. Coffee-to-go-Becher würden im Innenstadtbereich den größten Anteil an dem Verpackungsmüll ausmachen und außerdem sei in Tübingen nach der Einführung der Verpackungssteuer der Mehrweganteil hochgegangen.

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass die FDP Fraktion gegen die Einführung einer Verpackungssteuer sei. Er fände, dass die Gewerbetreibenden keine neuen Belastungen benötigen und es zudem fraglich sei, wie hoch der Verwaltungsaufwand mit Kontrollen sei. Er gibt zu bedenken, dass man hier ja nicht nur von den großen Playern wie McDonald's und Burger King spreche, sondern dass der bürokratische Aufwand und die Kosten auch die kleinen Betreiber von Frittenbuden und Eisdielen trafen.

Ratsherr Bartsch schließt sich der Meinung von Herrn Brunner an und findet, dass eine Mentalitätsänderung der Menschen nur über das Geld gehe und jeder das in Kauf nehmen müsse.

Ratsherr Stach erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthalten werde. Er findet auch, dass es besonders die kleinen Unternehmen treffen werde und außerdem würden die Einnahmen aus der Verpackungssteuer nicht etwa in Mehrwegsyste me fließen.

Ratsherr Filippek erklärt, dass die Fraktion Die LINKE. in der Diskussion nicht zu einem einheitlichen Ergebnis gekommen sei, sie stimme daher einer Beobachtung der Situation zu. Er findet es außerdem wichtig, zusätzliche Stellen bei STL auszuweisen und nach Einführung der EU-Verordnung auf den Einsatz von Mehrwegverpackungen hinzudrängen.

Ratsherr Voss wirbt dafür, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Ratsherr Oettinghaus teilt mit, dass er der Meinung sei, dass das Bewusstsein der Bürger für den Müll geändert werden müsse. Der Müll müsse auf jeden Fall verringert werden und wenn das nur über das Geld ginge, dann sei das der Weg.

Ratsherr Weiland äußert den Wunsch über den Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2025 abzustimmen. Dieser werde als Anlage 2 der Niederschrift beige fügt. Der Antrag wird durch Ratsherrn Weiland wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Steuer nach den Erfahrungen des Tübinger Modells vorzubereiten, um das Müllaufkommen bei Einwegverpackungen deutlich zu reduzieren.

Bürgermeister Wagemeyer stimmt der Änderung zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag bei vier Gegenstimmen der SPD-Fraktion, einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek, einer Gegenstimme des Ratsherrn Holzrichter und einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Stach ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	6

Enthaltungen: 1

Ratsherr Holzrichter forderte die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 der Beschlussvorlage.

Bürgermeister Wagemeyer lässt zunächst über Punkt 1 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst bei fünf Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Stimmenenthaltung des Ratsherrn Stach folgenden

Beschluss:

1. Von der schnellen Einführung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck wird derzeit abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über Punkt 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Holzrichter und einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Stach folgenden

Beschluss:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Entwicklung zum Thema Verpackungssteuer in NRW wie in der Begründung dargestellt zu beobachten. Nach der Genehmigung der Einführung der Verpackungssteuer durch das Land NRW bzw. alternativ nach Novellierung der bundesgesetzlichen Regelungen zur Verpackungsvermeidung bzw. zum Mehrweggebot ist die Diskussion zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse von der Verwaltung aufzugreifen und im Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

**4. Durchgängig Tempo 50 km/h auf der Lösenbacher Landstraße - Anregung nach §24 GO NRW
Vorlage: 162/2025**

Bürgermeister Wagemeyer gibt Frau Preuß-Beckmann und Herrn Riedel die Möglichkeit ihre Anregung direkt vorzutragen.

Beide nehmen einige Erklärungen zu ihrer Anregung vor und gehen dabei auf einzelne Punkte ein, die ihnen für die zu treffende Entscheidung besonders wichtig erscheinen.

Sie monieren, dass der Märkische Kreis in seiner Stellungnahme gar nicht auf den Gesundheitsschutz und die Führsorge für die Anwohner eingegangen sei weswegen sie sich eine ergänzende Stellungnahme des Märkischen Kreises wünschen, die die eigentlichen Anliegen würdige.

Ratsfrau Mewes gibt noch zu bedenken, dass es vielleicht eher die Verstöße seien, die die Anwohner stören. Es solle über eine gewisse Zeit kontinuierlich kontrolliert werden, um zu sehen, ob Ahndungen vorgenommen werden müssten.

Ratsherr Holzrichter möchte die Frage geklärt haben, ob die Ampelschaltung so eingestellt sei, dass man nur bei Tempo 70 eine grüne Welle hat. Dazu erklärt Herr Hayer (Fachdienstleiter Verkehrsplanung und – lenkung), dass die Entfernung zwischen den Ampeln zu groß sei, so dass eine Synchronisierung keinen Sinn mache.

Ratsherr Bartsch unterstützt die Anregung und sieht in ihr einen Beitrag zur Entschleunigung des Verkehrs, der gut ins Mobilitätskonzept passe.

Ratsherr Weiland regt eine mobile Messung auf der Tempo 70 Strecke an.

Ratsherr Stach ist für die Umsetzung der Anregung, würde aber auch eine Verschiebung mittragen.

Bürgermeister Wagemeyer bittet Frau Preuß-Beckmann und Herrn Riedel Ihre Ausführungen schriftlich einzureichen, damit die Stadt Lüdenscheid eine ergänzende Stellungnahme beim Märkischen Kreis anfordern kann. Sollte es bis zum 07.07.2025 eine Stellungnahme vom Märkischen Kreis geben, werde man den Tagesordnungspunkt in die Ratssitzung einbringen, ansonsten werde er auf die Tagesordnung der Septembersitzung des Haupt- und Finanzausschusses kommen.

**5. Bewilligung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2025 zur Beschaffung von Software für die Stadt Lüdenscheid
hier: Eilentscheidung gemäß § 60 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 134/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ergeht folgende Eilentscheidung:

Bei Auftragssachkonto 01.09.01 – Q 01090103 – Erwerb Lizenzen Microsoft Office – werden

außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € sowie bei Auftragssachkonto Q 01090104 – Erwerb Microsoft Exchange Server – in Höhe von 200.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt zum Teil durch Einsparungen bei Produktsachkonto 01.09.01 – 5012000/7012000 – Vergütung tarifl. Beschäftigte – in Höhe von 63.250 € sowie 01.09.01 – 5011000/7011000 – Beamtenbezüge – in Höhe von 33.250 €. Die weitere Deckung in Höhe von 903.500 € erfolgt durch Mehrerträge bei Produktsachkonto 16.01.01 – 4617000/6617000 – Zinsen von Kreditinstituten -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**6. Trägerschaft Kindertageseinrichtung Familienzentrum Regenbogen am Jahnplatz
Vorlage: 111/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Trägerschaft für die Kita Regenbogen, Jahnplatz 15, wird ab dem kommenden Kindergartenjahr 2025/2026 durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe – die Stadt Lüdenscheid – wahrgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**7. Vierte Änderung des Stellenplans 2024/25
Vorlage: 133/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Zeitpunkt des Wirksamwerdens des sog. Brücken-kw-Vermerks vom Zeitpunkt der Freigabe der Rahmedetal-Brücke zum Zeitpunkt zwei Jahre nach Freigabe der Rahmedetal-Brücke zu verändern,
2. die in der Anlage 1 dargestellten Änderungen des Stellenplans 2024/25.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**8. Umsetzung städt. Trägerschaft Kindertageseinrichtung Familienzentrum Regenbogen am Jahnplatz durch Fünfte Änderung des Stellenplans 2024/25 sowie notwendige haushaltswirtschaftliche Veränderungen
Vorlage: 142/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die in der Anlage dargestellten Änderungen des Stellenplans 2024/25.
2. Der Rat stimmt zu, die sich aus der Übernahme der Trägerschaft für die Kindertageseinrichtung Regenbogen ergebenden haushaltswirtschaftlichen Anpassungsbedarfe, insbesondere die notwendigen außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen, vorzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Konkretisierung der haushaltsmäßigen Veränderungen dem Rat bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**9. Haushaltsplan; hier: Zusammenlegung von zwei Produkten in der Produktgruppe 04.07. Kulturhaus
Vorlage: 047/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid nimmt die Änderung zur Kenntnis.

Die Zusammenlegung der Produkte 04.07.01 „Veranstaltungen des Kulturhauses“ und 04.07.02 „Vermietungen von Räumen des Kulturhauses“ im Haushaltsplan ab dem Jahr 2026 wird zur Kenntnis genommen.

**10. Durchführung von Vergabeverfahren des Projektbüros
"Feuerwehrgebäude" bei einem Auftragswert von über 500.000 €
Vorlage: 152/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung der in der Anlage genannten Vergabeverfahren wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**11. Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan für Lüdenscheid 2025 - 2029; Schwerpunkte, Perspektiven und Planungen
Vorlage: 104/2025**

Ratsherr Filippek erklärt, dass die Vorlage sehr dürrig sei mit wenig Interessantem für Jugendliche, da die Öffnungszeiten sehr übersichtlich seien. Es gäbe am Wochenende gar keine offenen Standorte. Aus dem Grund lehne die Fraktion Die LINKE. die Vorlage ab.

Ratsherr Weiland betont, dass es schwierig sei, Personal zu finden, dass auch am Wochenende zur Verfügung stehe. Ansonsten sähe er in dem Kinder- und Jugendförderplan einen roten Faden und man könne stolz darauf sein vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes.

Ratsherr Holzrichter unterstützt die Aussage von Ratsherr Weiland und deshalb werde es von der FDP Fraktion die volle Zustimmung zu der Vorlage geben.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt den Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2025 – 2029 in der vorgelegten Form.
2. Die weitere Umsetzung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Haushaltes 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

**12. Standortverlagerung des AWO Familienzentrums Christine-Schnur-Weg
Vorlage: 105/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Planungen für eine Verlagerung des Kita-Standortes des AWO Familienzentrums Christine-Schnur-Weg in die Wiesenstraße und die gleichzeitige Ausweitung der Kitaplätze sollen fortgeführt und konkretisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

13. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2026
Vorlage: 136/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2026 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Stadtinspektoranwärter*innen (Bachelor of Laws/ Laufbahngr. 2.1)	3 Plätze
Verwaltungsfachangestellte	12 Plätze
Immobilienkaufleute	2 Plätze
Studiengang Verwaltungsinformatik	1 Platz
Studiengang Bibliothek und Digitale Kommunikation	1 Platz
Erzieher/innen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)	5 Plätze
Sozialassistent in der OGS ab dem Jahr 2026	1 Platz

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**14. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der
Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021**
Vorlage: 051/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme des Rats Herrn Filippek folgenden

Beschluss:

Der Schulausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021 entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

15. Änderung der Betriebssatzung für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb in Lüdenscheid (STL)
Vorlage: 123/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 2 dieser Beschlussvorlage vorliegende vierte Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

16. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2024
Vorlage: 124/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2024 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 8.495.336,65 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 263.768,24 Euro festgestellt.
2. Die Werkleitung schlägt dem Werksausschuss vor, den Jahresfehlbetrag von 263.768,24 Euro wie folgt zu verwenden:

- -217.242,04 € aus den hoheitlichen Betriebsbereichen
und
- -46.526,20 € aus den gewerblichen Betriebsbereichen (BgA)

werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

17. Nachhaltigkeitsbeirat
Vorlage: 112/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Ausschüsse für Umwelt und Klimaschutz und der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfehlen dem Rat, die im Betreff genannte Geschäftsordnung zu beschließen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die in der Anlage beigefügte „Geschäftsordnung des Nachhaltigkeitsbeirates der Stadt Lüdenscheid“ vom XX.XX.2025.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

18. Neuwahlen des Beirates der ENERVIE
Vorlage: 097/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Das bisherige Mitglied im Beirat der ENERVIE, Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek wird bis zu einer noch zu terminierenden außerordentlichen Hauptversammlung der ENERVIE nach der Kommunalwahl 2025 (voraussichtlich Januar/Februar 2026) erneut vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Ratsfrau Szermerski-Kasperek war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

19. Beitritt KOSIS-Verbund (Verbund kommunaler statistischer Informationssysteme) und den KOSIS-Wartungsgemeinschaften SIKURS und KO.R
Vorlage: 080/2025

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Lüdenscheid tritt dem Verbund kommunaler statistischer Informationssystem (KOSIS-Verbund) bei.
2. Innerhalb des KOSIS-Verbunds tritt die Stadt Lüdenscheid den Wartungsgemeinschaften

SIKURS und KO.R bei.

3. Als Vertreter für die Mitgliederversammlung des KOSIS-Verbunds und der oben genannten

Wartungsgemeinschaften wird Herr Michael Teicke bestimmt. Ein/e Stellvertreter/in wird zu einem späteren Zeitpunkt benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Ratsfrau Szermerski-Kasperek war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

**20. Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans des Märkischen Kreises
Vorlage: 117/2025**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem übersandten Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans für den Märkischen Kreis wird unter Einschluss der mit dem Märkischen Kreis getroffenen Abstimmungen das Einvernehmen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Ratsfrau Szermerski-Kasperek war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

**21. Einführung einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid „Lachgas“ an Minderjährige im Stadtgebiet Lüdenscheid
(Lachgasverkaufsverordnung)
Vorlage: 143/2025**

Ratsherr Holzrichter betont, dass die FDP Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde, weil sie keinen erhöhten Handlungsbedarf für Lüdenscheid sieht. Die FDP Fraktion möchte zu dieser Thematik auf eine einheitliche Regelung vom Land oder Bund warten.

Ratsherr Weiland erklärt, dass Lachgas ein Gas sei, das zu dauerhaften gesundheitlichen Schäden führen könne. Gerade von Minderjährigen werde es oft konsumiert, das habe auch die Drogenberatungsstelle Lüdenscheid bestätigt. Aus diesem Grund sei auch die CDU Fraktion der Meinung, dass ein sofortiger Handlungsbedarf bestünde. Sollte es in Zukunft Regelungen auf Landes- oder Bundesebene geben, könne man die Regelung vor Ort sofort anpassen.

Bürgermeister Wagemeyer bestätigte, dass es bei der Aktion Sauberes Lüdenscheid keinen Platz gegeben habe, an dem nicht mehrere Kartuschen gesammelt wurden – sehr häufig in der Nähe von Schulen oder Jugendeinrichtungen.

Ratsherr Bartsch bestätigt dies mit der Aussage, dass im Bereich Kreishausparkplatz bei der Aktion ca. 30 Kartuschen gefunden wurden.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Holzrichter folgenden

Beschluss:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid "Lachgas" an Minderjährige im Stadtgebiet Lüdenscheid (Lachgasverkaufsverordnung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

22. Aktuelle Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung Vorlage: 151/2025

Ratsherr Voß fragt nach, ob es bereits Auswertungen gebe, wie oft bei den Anlagen wegen Rotlichtverstoß und wegen Geschwindigkeitsüberschreitung ausgelöst werde. Er merkte an, dass die Mehreinnahmen ja in den Kommunalen Ordnungsdienst fließen sollen. Aus diesem Grund würde er gerne wissen, wann mit einer schriftlichen Stellungnahme gerechnet werden könne.

Erster Beigeordneter Kessler teilt mit, dass es im Moment noch keine validen Zahlen gebe. Die bereits vorhandenen Zahlen lassen ihn aber hoffen, dass die Erwartungen erfüllt würden. Er sagt zu, dass es Mitte November 2025 eine schriftliche Stellungnahme gebe.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

23. Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) – Sachstandsbericht zu weiteren Schritten zum Beginn der Umsetzung des Konzeptes Vorlage: 144/2025

Ratsherr Voß möchte wissen, wie weit der Aufbau des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) sei und wann die Sollstärke erreicht sein wird. Erster Beigeordneter Kessler verweist auf die Konzeptvorlage, in der das zeitliche Ziel 2029 angepeilt würde. Sollte es zu Verzögerungen durch den Bestandsschutz des Bestandspersonals kommen, werde man gemeinsam nach Lösungen suchen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

24. Jahresbericht des Standesamtes 2024 Vorlage: 139/2025

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

25. Jahresbericht Bürgeramt 2024

Vorlage: 161/2025

Erster Beigeordneter Kessler bedankt sich bei dem ehemaligen Fachdienstleiter des Bürgeramtes Frenz für den Jahresbericht und den sanften Übergang zum Fachdienst Rat und Bürgermeister.

In dem Zuge bedankt sich Bürgermeister Wagemeyer bei allen Bediensteten, die Berichte eingereicht haben, für die gute Arbeit.

Der Jahresbericht Bürgeramt 2024 wird zur Kenntnis genommen.

26. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

26.1. Bekanntgaben

26.1.1. Mündlicher Sachstand zum Stadtgarten

Fachbereichsleiter Müller berichtet, dass sich die Neugestaltung immer mehr verzögere. Das Kleinspielfeld und der Pumptrack wurden getrennt ausgeschrieben. Bei dem Kleinspielfeld seien keine Angebote und bei dem Pumptrack seien drei Angebote eingegangen. Die Unternehmen hatten allerdings nicht die richtigen Referenzen für den Bau und zusätzlich gingen die Preise extrem in die Höhe. Aus dem Grund musste das Verfahren zwischenzeitlich nach Rücksprache mit der ZVS aufgegeben werden. Das Planungsbüro habe eine Liste mit Unternehmen erstellt, die für den Bau in Frage kämen. Mehrere Unternehmen haben sich nach direkter telefonischer Ansprache bereit erklärt, bei einer erneuten Ausschreibung ein Angebot einzureichen. Durch die Verzögerung komme man in Zeitdruck mit der Förderung. Man hoffe aber nach einer erneuten Ausschreibung, dass die Bauarbeiten noch in 2025 starten und auch abgeschlossen werden. Für die Zukunft habe er gelernt, dass solche Projekte besser aus dem eigenen Haus bewältigt werden müssen. Er möchte darauf hinarbeiten, dafür neue Stellen zu schaffen, damit die Verfahren mit Fachpersonal zügiger abgearbeitet werden können.

26.1.2. Mündlicher Zwischenbericht; Durchführung von Bauprojekten

Bürgermeister Wagemeyer erklärt, dass es auf Landes- und Bundesebene im Moment Debatten gäbe, wie das vereinfachte Verfahren für Bauprojekte aussehen solle. Dieses Ergebnis und die Höhe der für Lüdenscheid zugewiesenen Beträge müssen abgewartet werden, bevor mit der Ausarbeitung eines Konzeptes gestartet werden kann. Er sei der Meinung, dass nach den Sommerferien schon mehr zu dem Thema gesagt werden könne.

26.1.3. Mündlicher Sachstand; Baumaßnahme Audrey's

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus erinnert an den Prüfauftrag, ob das Audrey's an den CVJM übergehen könne. Dazu kündigt er eine Vorlage für die nächste Ratssitzung an, worin eine Möglichkeit für den Übergang vorgeschlagen werde.

26.1.4. Schriftliche Bekanntgabe; Neues Gesicht für den Lüdenscheider Wochenmarkt

Bürgermeister Wagemeyer informiert, dass es sich hierbei um den neu hinzugefügten Tagesordnungspunkt handle.

26.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

26.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen und mündlichen Anfragen vor.

gez. Wagemeyer

gez. Anja Weber

Vorsitzender

Schriftführerin